Resolution der Stadtverordnetenversammlung Rotenburg a. d. Fulda zum Thema Finanzierung von Straßenausbaubeiträgen

Die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ist für viele Städte und Gemeinden in Hessen zur Finanzierung dieser Maßnahmen unerlässlich. Auch die Stadt Rotenburg a. d. Fulda hat eine entsprechende Beitragssatzung und wendet diese bei beitragsfähigen Maßnahmen an. Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rotenburg a. d. Fulda ist sich dabei bewusst, dass die Erhebung dieser Beiträge für die betroffenen Bürgerinnen und Bürger eine erhebliche zusätzliche finanzielle Belastung darstellen kann. Vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussion im hessischen Landtag erwarten die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu recht von ihren gewählten Vertretern vor Ort Antworten auf die Frage der zukünftigen Finanzierung. Die Schaffung einer gesetzlichen Wahlmöglichkeit zur Erhebung der Beiträge oder zur Unterlassung eben dieser reicht aus Sicht der Stadtverordnetenversammlung hier nicht aus. Aus diesem Grund fordert die Stadtverordnetenversammlung den Gesetzgeber auf, im Falle einer Änderung des Beitragsrecht dafür zu sorgen, dass die Kommunen mit entsprechenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden um auch ohne die Erhebung von Beiträgen eine vernünftige Instandhaltung der kommunalen Infrastruktur leisten zu können.